

## Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München, 15.01.2016

### Wie weiter nach dem 21. Parteitag

Referat des Kreisvorstandes

Teil I: Die DKP München nach dem 21. Parteitag

Teil II: Tätigkeitsfelder der DKP München

#### Teil I: Die DKP München nach dem 21. Parteitag

Vortragender: Leo Mayer

*"... gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen."*<sup>1</sup>

Dieses Zitat von Karl Marx bezieht sich nicht auf den 21. Parteitag und die DKP!

Aber Ähnlichkeiten sind nicht zufällig, denn wie André Gorz gesagt hat: „Aus der Übermacht der Fragen ohne Antwort erwächst die Sehnsucht nach fundamentalistischen Gewissheiten ohne Fragen.“

Genug der Zitate.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

in allen Grundorganisationen sind Gruppenabende zur Auswertung des 21. Parteitags durchgeführt worden. Weitgehende Übereinstimmung: Es war ein Parteitag mit dem falschen Parteitagsthema. Das zentrale Thema des Parteitags war die Auseinandersetzung, ob sich die DKP als "marxistische-leninistische Partei" definiert und der "Marxismus-Leninismus" die Weltanschauung der Kommunisten ist. Und diese Auseinandersetzung ging am Leben vorbei.

Dringend diskussionsnotwendige Fragen kamen nicht zur Debatte:

- wie die Bewegung gegen TTIP und CETA nach dem Abschluss der Europäischen Bürgerinitiative und der Demo der 250.000 in Berlin weitergeführt werden kann,
- welche Schlussfolgerungen werden aus der Erpressung der griechischen Linksregierung durch die Troika und die deutsche Regierung gezogen: "Plan A", "Plan B", ...
- Wie und was kann die Linke hierzulande von SYRIZA, PODEMOS, der Izquierda Unida oder der Entwicklung in Portugal lernen?
- Wie kann der Widerstand gegen Neoliberalismus und Austerität verstärkt und europäisiert werden?
- Wie können Kräfte bei uns zusammengeführt werden?  
Die Debatte "Rot-Rot-Grün" spielte nicht die geringste Rolle, dafür wurde ohne große Diskussion die Eigenkandidatur für die BTW 2017 beschlossen?
- Das Thema Flüchtlinge wurde mit einer DIN A 4-Seite ohne Diskussion verabschiedet - verabschiedet im wahrsten Sinn des Wortes.

Das sind Fragen, die derzeit in fast allen linken und antikapitalistischen Strukturen diskutiert werden. Auf dem Parteitag - weitgehend Fehlanzeige!

Wir haben auf der Kreiskonferenz im April entwickelt, warum wir als DKP München es ablehnen, die DKP als "marxistisch-leninistische Partei" zu charakterisieren und warum wir es ablehnen, dass das was unter dem Begriff des "Marxismus-Leninismus" historisch zu verstehen ist, zur "Weltanschauung der Kommunisten" erklärt wird. Aus gutem Grunde wurde genau dieser Passus aus dem Parteiprogramm von 2006 gestrichen.

Der Kreisvorstand hat in seinem Referat gesagt, dass sich der »Marxismus-Leninismus« wegen seiner engen Verbindung zum Stalinismus nicht als »Identifikationsmerkmal« für unsere Partei eignet und wir diesen Weg

nicht mitgehen werden. Das Referat und unsere Argument kann man auf der Internetseite der DKP München nachlesen ([Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München<sup>2</sup>](#))

## **Die DKP, eine "marxistisch-leninistische Partei" – Und nun?**

Was heißt das jetzt, nach dem 21. Parteitag, nach dem sich die DKP als

- "marxistisch-leninistische Partei" definiert, und der
- "Marxismus-Leninismus" die "Weltanschauung der Kommunisten" sein soll?

Die Antwort ist einfache in der Frage, ob wir dem stellv. Parteivorsitzenden und Verantwortlichen für die politische Bildungsarbeit der DKP, Hans Peter Brenner, folgen, wenn er uns empfiehlt Stalin zu lesen, weil die Arbeiten Stalins nach seiner Sicht zum " *theoretischen Erbe und den Grundlagen unserer Weltanschauung*" zählen.<sup>3</sup>

Wir werden dieser Empfehlung nicht folgen, weil wir den Unterschied zwischen stalinscher Dogmatik und Marxismus kennen, weil für uns der Marxismus und auch der Leninismus keine Ansammlung von Lehrsätzen ist, der Marxismus auch nicht abgeschlossen, kein fertiges System ist, sondern offen für die kritische Weiterentwicklung, den Dialog und die grundlegende Auseinandersetzung mit anderen geistigen Strömungen.

Wir werden uns in unserer theoretischen Arbeit bemühen, den Marxismus "zukunftsfähig" zu machen – keine Selbstverständlichkeit, wie der Genosse Thomas Metscher sagt.

Damit der Marxismus zukunftsfähig wird, muss er ständig weiterentwickelt, ausgebaut und durch neue Erkenntnisse vertieft zu werden. Dabei hat sich marxistisches Denken auch solcher wissenschaftlichen Erkenntnisse zu versichern, die nicht auf seinem theoretischen Boden entstanden sind.

Zukunftsfähigkeit des Marxismus heißt aber auch, dass er seinem doppelten Anspruch genügt, die Welt – auch die zukünftige Welt - zu ‚interpretieren‘ wie auch zu ‚verändern‘.

Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Marxismus hat also eine theoretische, und sie hat eine praktische Seite - eine Seite der Politik und der Organisation.

Wie wir in unserem Parteiprogramm formulieren:

*"Der DKP geht es um die kritische Überprüfung ihrer Geschichte, um Denkweisen und Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen.*

*Es geht uns um die Schlussfolgerungen, wie heute eine kommunistische Partei aussehen muss, die den revolutionären Kampf führt und mit der Arbeiterklasse und allen dazu bereiten Bündnispartnern eine neue Gesellschaft aufbauen will."*

## **Stalinismus – Worüber reden wir?**

Wie diese Schlussfolgerungen heute wieder ignoriert werden, zeigt sich in der heutigen UZ: Auf der Seite 1 werden die Opfer des Stalinismus zu "*vermeintliche Opfer des Stalinismus*".<sup>4</sup>

Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow, Pjatakow, Radek, die Generäle und Offiziere und die Millionen Ermordeten und in den Straflagern Inhaftierten - laut Angaben des KGB in den 1990er-Jahren wurden zwischen 1930 und 1953 rund 800.000 Menschen wegen "konterrevolutionärer Verbrechen" zum Tode verurteilt und erschossen - "vermeintliche" Opfer?

In den Jahren 1937/38 wurden pro Tag 1.000 Menschen erschossen. Von den 1.966 Delegierten des 17. Parteitags der KPdSU (Februar 1934) überlebten 1.108 den Terror nicht, 98 von 139 gewählten ZK-Mitglieder wurden verhaftet, verbannt oder zum Tode verurteilt. Von den 102 Mitgliedern des Ukrainischen ZK überlebten die Verhaftungswelle 1937 nur drei. Vermeintliche Opfer?

Auch die Kampfgefährten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und KPD-Gründer, Hugo Eberlein und Leo Flieg, sondern wurden in der UdSSR als angebliche Konterrevolutionäre erschossen. Vermeintliche Opfer?

Über Stalinismus zu reden, erfordert daher, zu allererst über Verfolgung, Einkerkierung, Folterung und Ermordung von Kommunisten durch Kommunisten zu reden.

Die Kommunisten haben zu lange zugelassen, dass Stalinismus und Kommunismus in Eins gesetzt wurden. Dabei waren sie niemals identisch, und konnten doch mit einander gleichgesetzt werden, vor allem weil es die Kommunisten zuließen.

Damit muss Schluss sein, wenn der Kommunismus eine Zukunft haben soll!

Wenn wir dem Kommunismus eine Zukunft eröffnen wollen, dann darf heutzutage nicht am Stalinismus und an den von ihm deformierten Diskursen angeknüpft werden. Dessen moralische, theoretische und politische Überwindung ist für die Kommunisten, die es bleiben wollen, eine unverzichtbare Notwendigkeit.

Die Kommunisten sind bei dem Versuch, eine neue Kultur und eine neue, humane Gesellschaft aufzubauen, vom Weg abgekommen. Wenn wir uns also in die Erblinie des Kommunismus einschreiben, dann geht es darum, diesen ursprünglichen Weg der Emanzipation wieder aufzunehmen.

Deshalb haben wir in unserem Programm diesen „kategorischen Imperativ“ des Kommunismus - *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“* - als Ziel formuliert.

Wer in der UZ heutzutage von "vermeintlichen Opfern des Stalinismus" schreibt, ist einfach nur dumm, oder hat Böses im Schilde – das Tragische: er wird durch den 21. Parteitag zu solchem unverantwortlichen Unsinn ermuntert.

### **Vertikalismus überwinden**

Zu den Schlussfolgerungen und zu den Strukturen die überwunden werden müssen, zählt der Vertikalismus. Und mit diesem sind wir auf eine neue Weise konfrontiert.

Ein erstes – und ich fürchte nicht letztes - Beispiel ist die Veranstaltung des Parteivorstandes mit dem 'Betriebsaktiv', die gestern im DKP-Büro mit einem Vertreter der KKE-nahen Gewerkschaft PAME stattfand.

Wir halten eine Position für falsch und schädlich, wie sie die KKE auf der Internetseite des DKP-Parteivorstandes vertritt, dass »SYRIZA: *"Die linke Reserve" des Kapitalismus*"<sup>5</sup> darstellt oder wie es in einem anderen Artikel auf der PV-Seite heißt: *"SYRIZA ist ... der entscheidende Beitrag zur Rettung des Kapitalismus in Griechenland."*<sup>6</sup>

Von diesen Positionen ausgehend – die doch sehr an die verhängnisvolle "Sozialfaschismustheorie" der 1920er-Jahre erinnern – ist es nur ein konsequenter Schritt, wenn die KKE vor der *"gefährlichen und irreführenden Kampagne der sogenannten 'Solidarität mit dem griechischen Volk' "* warnt, und die *"Arbeiter anderer Länder"* aufruft, sich *"unter keinen Umständen"* daran zu beteiligen.<sup>7</sup>

Wir arbeiten hier in München eng und freundschaftlich mit SYRIZA zusammen, entwickeln Solidarität mit der Linksinregierung in Athen. DKP-Mitglieder sind aktiv in der Münchner Griechenlandsolidarität.

Wir sind solidarisch mit SYRIZA, auch und gerade, wenn die Regierung in Athen sich in einem Stellungskrieg gegen die Eurogruppe und Berlin und die griechische Oligarchie befindet. Denn SYRIZA macht die bisher noch nie gemachten Erfahrungen einer Regierung der radikalen Linken unter den Bedingungen des neoliberalen Europa. Erfahrungen die wichtig sind für die von Kommunisten und Linksblock unterstützte Regierung in Portugal, die wichtig sind für PODEMOS und Izquierda Unida in Spanien, für Sin Fein in Irland – für die linken Kräfte in ganz Europa.

Deshalb hatte der Kreisvorstand kein Interesse an einer Veranstaltung mit der KKE bzw. PAME.

Aber anstatt zu akzeptieren, dass die DKP München keine Veranstaltung mit KKE/PAME macht, weil dies unserer Politik, unserer Glaubwürdigkeit und unserem Ansehen schaden würde, werden die gewählten Strukturen umgangen und wird die Veranstaltung mit dem 'Betriebsaktiv' im Parteibüro gemacht.

Als wir dies in der UZ gelesen haben, bzw. dann der Kreisvorstand vom 'Betriebsaktiv' aufgefordert wurde, die Veranstaltung zu unterstützen - haben wir versucht, die Situation noch zu retten. Wir machten den Vorschlag, die Veranstaltung zu "Ein Jahr SYRIZA-Regierung – Bilanz, Erfahrungen und Perspektiven" zu machen – mit einem Vertreter von SYRIZA, einem Vertreter der Münchner Griechenlandsolidarität und eben dem Genossen der KKE/PAME.

Dieses Konzept wurde vom Parteivorstand abgelehnt.

Jetzt hat im DKP-Büro eine Veranstaltung einer DKP-Gruppe stattgefunden, die im Widerspruch zur Politik der DKP München steht, und die unsere Glaubwürdigkeit im Bündnisbereich, bei unseren Genossen von SYRIZA beschädigen kann.

Die Absicht ist klar: neben der Kreisorganisation München mit ihrem Kreisvorstand soll eine eigene Struktur aufgebaut werden, die vom Parteivorstand gestützt wird, um die Mehrheitsverhältnisse in München und Südbayern umzudrehen.

Dazu gehört auch die überraschende Wahl von Dagmar Henn in den Parteivorstand - wissend, dass wir dies nur so auffassen können, dass von Seiten des Parteivorstands kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns liegt.

### **Mögliche Lösungsvarianten**

Wie verhalten wir uns?

- Wir können den Konflikt und die innerparteiliche Auseinandersetzung eskalieren und uns mit uns selbst beschäftigen – das würde die DKP München in die totale gesellschaftliche Nutzlosigkeit führen.
- Oder wir trennen uns hier in München.  
Ich denke, dass es von Seiten des Kreisvorstandes und der Kreisorganisation keine Einwände geben würde, wenn das 'Betriebsaktiv' beim Bezirksvorstand beantragen würde, künftig als kreisfreie Gruppe zu arbeiten.
- Oder wir finden einen Modus vivendi : Wir machen unsere Politik, ohne vom 'Betriebsaktiv' gestört zu werden – und das 'Betriebsaktiv' macht seine Politik;  
jeder kann seine Politik entwickeln ohne gegenseitige Behinderung und Provokationen.
- Das Problem:
  - wir akzeptieren Parallelstrukturen,  
und die Frage:
    - Wie vermeiden wir, in der Öffentlichkeit mit der Politik des Parteivorstandes und des 'Betriebsaktivs' identifiziert zu werden? Wir haben das gleiche Logo, die gleichen Fahnen, ... .

### **Wir werden die Partei nicht verlassen!**

Eines will ich hier auch klarstellen: Wir werden der Aufforderung, die auf dem Parteitag vom Leiter der Karl-Liebknechtschule – und unwidersprochen von der Parteiführung – an uns gerichtet worden ist, die Partei zu verlassen, nicht folgen!

Wenn ich mir anschau,

- wieviel Jahre Arbeit in und mit der DKP sich hier gegenüber sitzen,
- wo die Genossinnen und Genossen sitzen, die 1968 die Partei aus der Illegalität herausgeführt und die DKP aufgebaut haben
- die 1989 die DKP aufrechterhalten und wieder stabilisiert haben,
- die dafür arbeiten, dass die DKP München eine akzeptierte Partnerin in gesellschaftlichen Bewegungen ist,

dann kann ich mit Recht sagen:

Die DKP, das ist **unsere** Partei!

## Thema Austritt aus EU:

Neben der Neudefinition des Charakters der Partei – als "marxistisch-leninistisch" gab es eine weitere Korrektur unserer bisherigen Programmatik.

In Kontinuität vorhergehender programmatischer Aussagen und der Politik der DKP formulieren wir in unserem Parteiprogramm:

*"Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es ... gelingt, ... die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen."*

Nun hat der 21. Parteitag beschlossen:

*"Wir kämpfen für die Überwindung der EU und für den Austritt der BRD aus der EU."*

Diese einschneidende Abkehr von der im Programm formulierten Strategie ist ohne Diskussion in der Partei erfolgt. Dies war nicht einmal im Entwurf des Leitantrages vorgeschlagen, sondern wurde über einen Änderungsantrag der Kreisorganisation Stuttgart auf mehrheitliche Empfehlung der Antragskommission aufgenommen und beschlossen.

Legitimiert wird diese Abkehr vom Parteiprogramm damit – wie Hans Peter Brenner auf der 1. PV-Tagung nach dem Parteitag sagte: Das *"Parteiprogramm von 2006 wurde mit 115:34:10 Stimmen verabschiedet. Der Leitantrag des 21. Parteitags erhielt mit von 123:41:0 Stimmen eine größere Zustimmung"*.

So einfach wird in einer "marxistisch-leninistischen Partei" die Mitgliedschaft überfahren und das Programm geändert.

Das Statut sagt etwas anderes:

*"Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein."*

Wir meinen, dass eine derartig tiefgehende Abwendung vom Parteiprogramm eine *"wichtige politische Entscheidung"* darstellt, die *"Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder"* sein müsste, wenn sie verbindlich sein soll.

Konsequenz: Für uns bleibt Europa ein Raum des Klassenkampfes.

- Die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA – EU-weit organisiert von ca. 500 Verbänden, Gewerkschaften und Parteien – mit über 3 Millionen Unterschriften, die 250.000 Demonstrierende am 10. Oktober 2015 in Berlin, die Mobilisierungen, um Druck auf das Europaparlament zu entwickeln, -

Was ist das anderes als der Versuch „Einfluss auf diese Entscheidungen der EU zu nehmen“? Wie es im Parteiprogramm heißt.

Und natürlich werden wir als DKP München dieses europaweite Bündnis mit unseren Aktivitäten hier vor Ort weiter unterstützen.

Gerade auch vor dem Hintergrund, dass voraussichtlich im Frühsommer das Europäische Parlament über CETA abstimmen wird. Und die EU-Kommission und die Regierungen versuchen, TTIP möglichst schnell abzuschließen, um einem weiter wachsenden Protest vorzubeugen.

- Auch die Forderung nach legalen Fluchtwegen der schutzsuchenden Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten ist der notwendige Versuch, auf die EU Einfluss zu nehmen.
- Die Bestrebungen Griechenland solidarisch zur Seite zu stehen gegen das Diktat der EU-Institutionen sind natürlich der Versuch, die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken.

Man kann ja der Meinung sein, dass dies alles illusionär ist, dann ist man aber in diesen Bewegungen fehl am Platze. Und so ist es vielleicht kein Zufall, dass die DKP – im Unterschied z.B. zur *marxistischen linken* – nicht in dem europaweiten Bündnis gegen TTIP vertreten ist und der Parteivorstand sehr wenig bis nichts getan hat, um die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative STOP TTIP zu unterstützen.

Angesichts der wachsenden antieuropäischen Kritik von rechtspopulistischen Parteien und der extremen Rechten, von Cameron über Seehofer, die AfD, Le Pen bis Orban und der Rechtsregierung in Polen, angesichts einer Entwicklung, in deren Ergebnis das Scheitern der EU nicht ausgeschlossen ist – aber nicht von links, sondern von rechts –, denn ein Wahlsieg von Le Pen in Frankreich, die Entwicklung in Polen und Ungarn, eine mögliche Mehrheit beim Referendum in GB für den EU-Austritt, könnten Fliehkräfte freisetzen, die am Ende die Union als Ganzes infrage stellen. Aber aus den Ruinen des Euro und der EU wird kein linkes Europa erwachsen, sondern Nationalismus, Wohlstandschauvinismus, Abschottung und Rassismus, angesichts dieser Gefahren erwarten wir vom Parteivorstand, dass er unverzüglich darlegt, wo sich der "linke" Ausstieg Deutschlands aus der EU vom "rechten" Ausstieg der AfD, der REP und anderer Rechtspopulisten unterscheidet und welche Schritte die DKP jetzt gehen will, um dieses Ziel zu erreichen.

Ansonsten ist diese Positionierung für einen Austritt Deutschlands aus der EU nur dumm und verantwortungslos.

Als DKP München werden wir also unsere Politik auch weiterhin auf der Linie des Parteiprogramms entwickeln.

Und da liegt uns näher die Initiative von Yannis Varoufakis, der am 9. Februar in Berlin sein Projekt eines europaweiten Netzwerkes zum Kampf gegen Austerität und Neoliberalismus vorstellen wird, das "*ein einziges, radikales Ziel (hat): die EU zu demokratisieren, ... die Energie der pro-europäischen, radikalen Kritiker der Institutionen in Brüssel und Frankfurt*" zu bündeln, um einen "*Zerfall der EU zu verhindern*", so der Ex-Minister.

Da liegt uns näher, wie es unser Freund Giorgos Chondros von SYRIZA formuliert:

*"Der Rahmen, in dem wir uns bewegen und gesellschaftliche Veränderungen formen möchten, ist der europäische Raum. Ja, Europa muss sich verändern. Aber wir kämpfen nicht gegen die EU generell, sondern gegen die neoliberale EU. Die Rückkehr zum Nationalstaat ist keine Option und Nationalismus kein linkes Projekt. Es sind die Neoliberalen und Rechten, die gerade dabei sind, die europäische Idee zu zerstören: mit ihrer autokratischen Politik gegenüber Griechenland, mit ihrer nationalegoistischen Abschottung gegenüber Flüchtlingen. Dagegen müssen Linke ankämpfen. In einigen europäischen Ländern wie Spanien, Portugal oder Irland sind Kräfte im Kommen, die ähnliche Programme haben wie Syriza. Darin liegt eine Chance. Ein neoliberales Europa hat hingegen keine Perspektive."*

Liebe GenossInnen,

wir leben in einer Phase großer Herausforderungen für die linken Kräfte, aber auch für die EU: Die Spaltungslinien und strukturellen Problem innerhalb der EU werden immer offensichtlicher; die Austerität ruiniert die Mitgliedsländer.

Südeuropa drängt nach links, auch in Irland deuten die anstehenden Wahlen auf eine Stärkung der Anti-Austeritätskräfte hin. In Großbritannien wurde im Sommer ein Linker zum Labour-Chef gewählt. Auch die jüngsten Vorstöße des italienischen Ministerpräsidenten Renzi können auch als Versuch gewertet werden, das insbesondere von Deutschland durchgesetzte Austeritätsregime zu hinterfragen.

Auf der anderen Seite stehen die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, Dänemark, Niederlande, Polen und zuletzt leider auch in Deutschland. Sie verknüpfen Elemente berechtigter Kritik an der Entwicklung der EU mit rassistischen und autoritären "Lösungen".

Der Ausgang dieses Prozesses ist ungewiss und wird von den bevorstehenden Auseinandersetzungen in Europa abhängen.

## **Europäische Linke**

Zu erwarten ist, dass der 3. Tag des Parteitages den Austritt aus der Partei der Europäischen Linken (EL) beschließen wird. Wobei sich natürlich schon auch für uns die Frage stellt, warum diese DKP mit dieser Politik in der EL verbleiben sollte? Die EL erhält durch die Mitgliedschaft der DKP keine Unterstützung mehr für den europaweiten Kampf gegen Neoliberalismus und Austerität.

Für uns stellt sich allerdings ein Problem: Die DKP München ist ein aktives und organisierendes Element in der Europäischen Linken in München.

Unser Vorschlag ist, dass wir als DKP München auch nach einem Austritt der DKP aus der EL nach Möglichkeiten suchen, gemeinsam mit den Organisationen und Genossinnen und Genossen der EL in München weiter zusammenzuarbeiten – z.B. wenn die EL wie in den zurückliegenden Jahren eine Veranstaltung zum 1. Mai macht, dass wir dann als DKP München diese Veranstaltungen oder auch andere Aktionen aktiv unterstützen.

An dieser Stelle möchten wir auch darauf hinweisen, dass die EL nicht nur eine Assoziation nationaler Parteien ist, sondern dass man auch als Person Einzelmitglied der EL werden kann.

## **Noch kurz zum UZ-Pressfest 2016**

Nach den Erfahrungen der beiden zurückliegenden Pressefeste

- zerschnittene und zerrissene Dekoration und Fahnen,
- Diffamierungen von einzelnen Genossen,
- mit Lügen von unserem ursprünglichen Platz verdrängt,
- großes finanzielles Defizit.  
Mit dem Geld könnten wir ein fulminantes Fest der Solidarität am Rotkreuzplatz machen – von dem wir als DKP München mehr politischen Gewinn hätten als vom UZ-Pressfest.

Angesichts all dessen, gibt es wenig Begeisterung für eine Teilnahme am UZ-Pressfest. Natürlich kommen die politischen Differenzen hinzu und die Frage, warum zu einem attraktiven Fest beigetragen, das eine Politik vermittelt, die wir für falsch halten. Und für eine Parteiführung, die uns ausgrenzt. Und nicht zu vergessen die körperlichen Belastungen.

Das Gegenargument: Bei Nichtteilnahme verabschieden wir uns freiwillig von einem Fest, zu dem auch andere Linke kommen; wir verzichten darauf, dort unsere politischen Positionen darzustellen.

Der Bezirksvorstand auf seiner nächsten Sitzung Ende des Monats ein Konzept beraten und vorschlagen. Dann muss sich jede(r) entscheiden, wie sie/er sich verhält und entscheidet.

## **Konfliktfelder im Jahr 2016**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Auch in diesem Referat wird das Problem deutlich, wie wir uns mit uns selbst beschäftigen.

Dabei gehen wir in ein Jahr, in dem wir mit größeren Erschütterungen rechnen müssen, denn es ist so, wie wir in unseren Analysen zum Charakter der Krise sagen, dass eine "organische Krise" eine Phase der Instabilitäten, der Umbrüchen, der Chancen aber auch der großen Gefahren ist.

Das Alte stirbt, aber das Neue kommt noch nicht zur Welt.

## **Wirtschaftskrise**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise meldet sich zurück, in einer Situation, in der die Staatsverschuldung der meisten Länder gestiegen und damit der finanzielle Handlungsspielraum gesunken ist.

Die EZB flutet seit Monaten die Finanzmärkte mit monatlich 50 Mrd. Euro, die Zinsen der EZB sind praktisch auf Null gesunken; und trotzdem: die EU und die Eurozone stecken in der Stagnation, in den meisten Mitgliedsländern hat eine deflationäre Entwicklung eingesetzt.

Es ist zwar für einen gewissen Zeitraum möglich, die interne Nachfrage durch Export zu ersetzen, aber wenn die Weltwirtschaft in eine rezessive Phase eintritt, dann stößt dieses Modell an seine Grenzen: Deflation, Investitionsstopp und Arbeitslosigkeit sind dann die Folge.

Deshalb werden die Tarifrunden 2016 in einem anderen wirtschaftlichen Umfeld stattfinden.

Die Verteidigung des gesetzlichen Mindestlohns und Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse, die Millionen Menschen erfasst haben, dürften 2016 eine große Herausforderung darstellen.

Auf der Positivseite steht, dass im zurückliegenden Jahr Hunderttausende in den Streikbewegungen 2015 unter Beweis gestellt haben, dass die abhängig Beschäftigten aus der Zuschauerrolle heraustreten und ihre Interessen wahrnehmen können. 2015 wurde in Deutschland so viel gestreikt wie seit 20 Jahren nicht. Überraschend waren dabei die Arbeitskämpfe in den Sozial- und Erziehungsdiensten und bei der Deutschen Post sowie Streiks beim Versandhändler Amazon, der Deutschen Bahn und der Lufthansa.

## **Kriege**

Vor 25 Jahren, am 17. Januar 1991, begann die "Operation Wüstensturm". Die Büchse der Pandora wurde geöffnet für den "permanenten Krieg" bzw. der westlichen Antiterrorkriege: Irak, Afghanistan, Libyen, Mali, Syrien, Kurdistan, ...

Und an diesen Kriegen war Deutschland in der Regel direkt oder indirekt beteiligt – mindestens als Waffenlieferant. Und hat so jeden Tag neue Fluchtursachen geschaffen.

Diese Kriege haben mittlerweile drei Millionen Menschenleben gekostet. Drei Millionen, überwiegend Zivilisten, die getötet wurden in Folge dieser Kriege – und dann wundern wir uns, dass bei der Bevölkerung dort in diesen Ländern der Hass auf den Westen wächst?

Was ist dabei herausgekommen?

Herausgekommen ist,

- dass die Taliban in Afghanistan mehr Rückhalt haben als je zuvor,
- dass heute das halbe Libyen vom IS beherrscht wird und er sich immer mehr ausweitet,
- dass der IS halb Syrien und große Teile des Irak kontrolliert,
- dass das türkische Regime – Arm in Arm mit dem IS - einen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung führt.
- dass der Hauptverbündete des Westens in der Golfregion – der gleichzeitig der Pate des extremen politischen Islamismus und Hauptverbündete des IS ist -, dass Saudi-Arabien zum Jahresbeginn 47 Menschen enthauptet, darunter den prominenten schiitischen Geistliche Nimr al-Nimr. Insbesondere dessen Hinrichtung kommt einer Kriegserklärung an die schiitische Minderheit im Land gleich und führt zu einer Verschärfung der regionalen Konflikte.

Die deutsche Unterstützung für das saudische Königshaus muss aufhören.

Die Bundesregierung muss sofort die Rüstungsexporte ins Land der Massenschlächtere beenden!

Es ist ein Skandal, dass Bundesaußenminister Steinmeier im Februar die saudischen Kopfabslager besuchen will.

- Und herausgekommen ist, dass der Terror nach Europa getragen wird. Und dass Europa das Comeback einer längst vergessen geglaubten Spielart der Politik erlebt: die Politik der Angst. Angst, mit der die Zerstörung der Demokratie legitimiert wird.

Zu Recht stehen die Aktionen gegen die NATO-„Sicherheits“konferenz am 13. Februar in München ganz im Zeichen des Protests gegen die aktuelle Beteiligung Deutschlands am angeblichen Kampf gegen den Terror in Syrien und gegen die NATO-Kriege mit ihren verheerenden Folgen.



## **Ukraine: Den Bürgerkrieg "begrüßen"?**

Aber auch in der Ukraine kann der bewaffnete Konflikt jederzeit wieder aufflammen.

Wir folgen dabei aber nicht dem Parteivorstandsmitglied Dagmar Henn, die auf der Internetseite des Parteivorstandes schreibt:

*"Selbst links von der LINKEN hält man es für erstrebenswert, einen Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern. Dabei müsste man ihn begrüßen. .. Eine linke Perspektive für die Ukraine ist .. die einer Ausdehnung des Kampfes von dort aus über die gesamte Ukraine, und zwar auch, wenn die 'Massen im Westen' der Ukraine das ablehnen. Die deutsche Linke wäre gefordert, dabei in jeder denkbaren Form zu unterstützen. Davon sind wir himmelweit entfernt."<sup>8</sup>*

Ja, davon sind wir glücklicherweise himmelweit entfernt. Und wir werden weiter dafür arbeiten, dass die Linke nicht für die Eskalation des Krieges eintritt, sondern gemeinsam mit der Friedensbewegung Druck macht für eine politische Lösung und ein Ende des Blutvergießens.

## **Flucht und Rechtsentwicklung**

Die Europäische Union steht vor Herausforderung, in den nächsten Jahren Millionen Menschen aufzunehmen, die durch Krieg, politische Verfolgung, Multis, Bodenraub, Klimawandel, Elend, Perspektivlosigkeit aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Europa wird *"an die globale Normalität von Not und Elend, Vertreibung und Flucht, Krieg und Konflikt angeschlossen"*, schreibt Stephan Lessenich in der SZ (6.11.2015).

Diese Menschen scheren sich nicht um Visa und Grenzen – auch nicht um Obergrenzen und Kontingente -, sie gehen dorthin, wo ihnen keine Bomben auf den Kopf fallen, wo es Nahrung, Unterkunft und Arbeit – vielleicht Aussicht auf Perspektive – gibt. Sie wissen über TV, facebook , wo sie hingehen müssen, um ein besseres Überleben zu haben. Die damit verbundenen Hoffnungen häufig verklärt, unrealistisch; "unnütze Träume" – wie Fidel Castro einmal sagte -, die durch ein Produktions- und Konsumtionsmodell geweckt werden, das die Umwelt zerstört und die Menschen einander entfremdet.

Aber anstatt sich dieser Herausforderung zu stellen, setzt die EU auf Flüchtlingsabwehr.

Zäune werden hochgezogen, Tausende sterben im Mittelmeer bei dem Versuch Kriegs- und Krisengebiete zu verlassen. Und die, die es dennoch über die Mauern schaffen, landen im nächsten Krisengebiet: Europa. Die Grenzen innerhalb Europas werden wieder geschlossen. Kein Tag vergeht, an dem nicht Flüchtende in Deutschland angegriffen und diskriminiert werden - auf der Straße und durch Politik und Verwaltungen. Der rechte Mob randaliert auf der Straße und zieht nach und nach in die Parlamente ein. CDU und CSU packen alte Vorurteile in neue Gewänder und haben dieses Landes weit nach rechts verschoben.

Die nicht hinzunehmenden Silvester-Schandtaten werden politisch instrumentalisiert, die Schleusen für den rassistischen Mob geöffnet, um die Fahrt nach rechts zu beschleunigen.

Und wieder einmal will SPD-Chef Sigmar Gabriel in diesem Wettbewerb des Populismus nicht fehlen und Merkel rechts überholen.

An dieser Stelle wollen wir unmissverständlich klarstellen:

1. Für uns gibt es für sexistische Gewalt genau so wenig Entschuldigung und Relativierung wie für rassistische Gewalt. Die Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden. Da braucht es keine neuen Gesetze, sondern es reicht die Anwendung bestehender.
2. Nein, Asylrecht ist kein Gastrecht, sondern ein Grund- und Menschenrecht, das Abschiebungen verbietet, wenn dadurch Leben oder Freiheit bedroht sind. Das heißt, dass ALLE, die hier leben, auch nach den Gesetzen und Rechten zu behandeln sind, die hier gelten. Das sind Mindeststandards selbst eines bürgerlichen Rechtsstaates, die nicht in Frage gestellt werden dürfen.

## **Hilfsbereitschaft und Solidarität**

Vor diesem Hintergrund hat das kaum für möglich gehaltene Ausmaß an solidarischer Hilfe mit den ankommenden Flüchtlingen eine enorme politische Bedeutung. Zehntausende Menschen überall im Lande setzen – getragen von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft – ein authentisches Zeichen gegen Rassismus und Gewalt.

Wie stark diese Auseinandersetzung die Zukunft prägen wird, zeigt die gesellschaftliche Polarisierung in dieser Frage: Auf der einen Seite die Einsicht, dass Globalisierung und Migration die zwei Seiten der gleichen Medaille sind; auf der anderen der unversöhnliche Druck zur Abschottung und Abwehr von Flüchtenden, verbunden mit dem Ausbau autoritärer Herrschaftsmethoden.

Für diese Auseinandersetzung wird ein wichtiges Moment sein, ob aus dieser Hilfsbereitschaft und Solidarität ein politischer Impuls gegen Rassismus und Ausgrenzung entwickelt wird.

Mit der Plattform "Gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit", die kürzlich vom Institut Solidarische Moderne, medico international, attac, Oxfam Deutschland, Pax Christi, Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Bayerischer Flüchtlingsrat und vielen anderen, vorgestellt worden ist, wird den überall im Lande entstandenen Initiativen und Gruppen, die den Flüchtlingen solidarisch zur Seite stehen, eine Grundlage für die politische Debatte und zur Vernetzung angeboten.<sup>9</sup>

Insbesondere auf der Balkanroute spielten und spielen sich nicht nur menschliche Dramen ab, sondern hier konstituieren sich auch mit jedem neuen Zaun, jeder neuen Maßnahme zur Flüchtlingsabwehr die Umrisse eines zukünftigen Europas.

Deshalb an dieser Stelle auch der Dank an Max von der Ostgruppe, der aktiv den SOSkonvoi nach Tovarnik in Kroatien unterstützt hat.

Er hat dabei nicht "Teddybären" verteilt, um einen "Ablass für imperialistische Kriege" zu erhalten, wie das Mitglied des Parteivorstandes, Dagmar Henn, über die Menschen ätzt, die den Flüchtenden zur Seite stehen.

*".. die Linke ist ja gerade mit dem Verteilen von Teddybären beschäftigt", schreibt sie. Und es solle ihr keiner mit "Solidarität" kommen, wenn "verordnete Freundlichkeit jenen sauer aufstößt, die unter Kuratel des Jobcenters stehen oder sich im Niedriglohnsektor von Monatsanfang zu Monatsanfang hangeln."*

Den Menschen, die sich in Helferinitiativen zusammenschließen, wirft sie vor: *"... man kümmert sich um jene, die es bis hierher geschafft haben. Das ist weder im Interesse der syrischen Arbeiterklasse noch im Interesse des Widerstands gegen den Imperialismus."*<sup>10</sup>

Das ist nicht unsere Position! Ja, wir kommen mit "Solidarität"!

Und den Arbeitslosen und prekär Beschäftigten zu unterstellen, sie seien quasi automatisch nicht solidarisch und rassistisch, ist eine Beleidigung für diese Menschen.

Und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern - 4.000 allein hier in München - wurde die "Freundlichkeit" nicht verordnet; sie kam von Herzen, weil selbst mehr als drei Jahrzehnte Neoliberalismus das tiefverwurzelte Streben der Menschen nach Gerechtigkeit, nach Würde und Solidarität nicht zerstören können.

Wir meinen: Mit den Erfahrungen, die Zehntausende bei der Unterstützung von Flüchtlingen gemacht haben, und gemeinsam mit den Migranten kann dies die Tendenz zur Veränderung und Erneuerung der europäischen Gesellschaften verbreitern und einen Wall gegen die Flut von rechts errichten.

Dies setzt aber voraus, dass die Linke es schafft, die Bedürfnisse der Flüchtlinge und der schon hier Lebenden zu einem gemeinsamen Anliegen zu bündeln, die verschiedenen Bewegungen zu verbinden und gemeinsam für Umverteilung, bezahlbaren Wohnraum für Alle, Investitionen in kommunale Infrastruktur, Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, ... zu kämpfen.

Ansonsten wächst die Gefahr, dass die extreme Rechte an Einfluss gewinnt, weil sie existierende Probleme und Ängste der Bevölkerung, die durch die staatliche Politik befördert werden, instrumentalisieren kann.

Die Zeichen stehen auf Sturm und wir müssen das uns Mögliche tun, um linke und demokratische Kräfte zusammenzuführen und zu bündeln; gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen.

*"In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln."*

Das ist die strategische Orientierung des Parteiprogramms, und das ist die Leitlinie für die Politik der DKP München.

---

## **Teil II: Tätigkeitsfelder der DKP München**

Vortragender: Kerem Schamberger

Liebe GenossInnen,

Ja, „Die Zeichen stehen auf Sturm“ und um gegen diese Sturm eine Mauer linker und demokratischer Kräfte aufzubauen, müssen wir auch in München aktiv werden, im Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten.

Welche Aktionen, Bündnisse und Initiativen hält der Kreisvorstand dabei in der kommenden Zeit für wichtig. Darauf will ich in meinem Teil eingehen.

Ich würde euch bitten, in der anschließenden Diskussion zu unserem Referat auch auf die nun vorgeschlagenen Punkte einzugehen, sodass wir uns nicht nur an uns selbst abarbeiten, sondern auch über die zukünftige Politik der Münchner KommunistInnen reden.

Die Schwerpunkte, die ich nun vorschlagen werde, sind nicht einfach so aus dem Hut gezaubert, sondern leiten sich von den Herausforderungen unserer Zeit ab.

Diese Herausforderungen sind:

1. Kampf gegen den Krieg und für den Frieden
2. Kampf für den Erhalt der Demokratie – gegen die Rechtsentwicklung in Europa und Deutschland
3. Einsatz für den Erhalt unserer Umwelt
4. Vernetzung & Zusammenführung linker, fortschrittlicher Kräfte

**zu 1: Der Kampf um den Frieden und gegen den Krieg** ist auch in München eine der zentralen Herausforderungen.

In den Medien wird die Beteiligung der Bundeswehr als sog. „Krieg gegen den Terror“ verkauft. Am 13. Februar steht die alljährliche Kriegskonferenz im Bayrischen Hof an. Wir beteiligen uns als DKP München stark an den Vorbereitungen im Bündnis gegen die sog. Sicherheitskonferenz. Dieses wird zur Zeit von mehr als 80 Organisationen unterstützt. Am Tag der Aktionen selbst orientieren wir auf die Protest-Kette durch die Kaufingerstraße. Dabei wird unser inhaltlicher Akzent die Beteiligung der Bundeswehr am Syrien-Krieg sein. Mit Masken, Schildern und Transparenten zeichnen wir die Blutspur der Bundeswehr und der Nato nach.

Auch unsere inhaltliche Veranstaltung am 04.02. um 19 Uhr im KommTreff mit Claudia Haydt vom Vorstand der Europäischen Linken wird sich mit dieser Thematik beschäftigen. Und das 'Betriebsaktiv' organisiert am 25.01 ebenfalls eine interessante Veranstaltung zur deutschen Beteiligung am Syrien-Krieg mit Jörg Kronauer von „German Foreign Policy“.

Doch nach der SiKo geht es weiter: Mit dem Ostermarsch und dem Anti-Kriegstag. Hier ist die Aktivität von GenossInnen in der Friedensbewegung besonders hervorzuheben.

**Zu 2: Kampf für den Erhalt der Demokratie und gegen Rechtsentwicklung.**

Der isw-report 96 war übertitelt „Kapitalismus oder Demokratie – Widerstand“ - ihr erinnert euch. Darin wird argumentiert, dass die derzeitige kapitalistische Entwicklung einer demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft entgegen steht. Die Herrschaft des Nordens gegenüber dem aufstrebenden Süden abzusichern und zu verteidigen, äußert sich seit einigen Jahren in dem Versuch Freihandelsabkommen, wie TTIP und

Ceta, zu verabschieden. Diese bedeuten einen massiven Abbau demokratischer Rechte vor allem in Europa und den USA. Stichwort: Schiedsgerichte, Urheberrechtsklagen und so weiter.

Ich glaube unsere Partei in München ist diesbezüglich auf einem sehr hohen theoretischen Niveau, da diese Abkommen immer wieder Themen auf den Gruppenabenden waren. Bayern steht im Zentrum des Widerstandes gegen TTIP und wir haben durch das Sammeln von mehreren hundert Unterschriften und vor allem durch die Beteiligung am dem breiten „Bündnis Stopp TIP München“ mit dazu beigetragen. Diese Arbeit gilt es auch im kommenden Jahr aufrechtzuerhalten. Derzeit diskutiert das europaweite Anti-TTIP-Bündnis wie weitergemacht werden soll, nachdem im vergangenen Herbst fast 3,3 Millionen Unterschriften an die EU-Kommission und -Parlament übergeben wurden. Es geht jetzt darum, im Vorfeld der Abstimmung über CETA den Druck auf die Europaabgeordneten zu erhöhen. Wir werden uns an diesen Aktivitäten beteiligen, z.B. mit Aktionen vor Bürgerbüros der Abgeordneten, mit Anti-Ceta-Flashmobs vor der Volkshochschule, um gegen die Klagerechte von Konzernen gegen kommunal-subventionierte Bereiche zu protestieren.

Dem Abbau demokratischer Rechte seitens der Herrschenden, steht eine dramatische Rechtsentwicklung in vielen europäischen Ländern, auch in Deutschland, gegenüber bzw. geht mit ihnen einher. In München hat Pegida letzten Montag das einjährige Bestehen gefeiert. Zum Glück haben viele Menschen dagegen protestiert und den Marsch teilweise blockiert. Gleichzeitig ist die AFD in einigen Umfragen mittlerweile die drittstärkste Partei. Die populistische Rechte, aber auch die extreme Rechte wird zum einen auf der Straße stärker und findet Unterstützung sog. „besorgter Bürger“, aber auch im Parlament droht sie durch die AFD einen festen Platz in der Parteienlandschaft zu erhalten. Auch wenn wir als Partei an vielen der Anti-Pegida-Proteste teilgenommen haben, müssen wir als DKP München organisierter im Kampf gegen die Rechtsentwicklung aktiv werden. Eine Möglichkeit wäre im Verein „München ist bunt“ aktiv mitzuarbeiten, dieser derzeit größte antifaschistische Zusammenschluss organisiert oft Proteste und Aktionen gegen die rechten Umtriebe.

### **Zu 3: Einsatz für den Erhalt unserer Umwelt.**

Wenn es uns nicht gelingt, den Klimawandel und damit die ökologische Krise zu stoppen bzw. zu verlangsamen, können wir uns recht bald unsere Aktivitäten im Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten und fortschrittliche Alternativen sparen. Deshalb gilt es hier in München vor Ort aktiv zu werden.

Ende letzten Jahres hat sich das „Bürgerbegehren für ein sauberes München - Raus aus der Steinkohle“ gegründet. Dessen Ziel ist es, die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks im Münchner Norden bis 2022 zu erreichen. Dieses Kraftwerk produziert im Jahr mehr Luftverschmutzung als alle LKWs und Autos in München zusammen. 17% der gesamten Münchner CO<sub>2</sub>-Ausstöße stammen von diesem einen Kraftwerk. Das muss man sich mal vorstellen. Und die Stadtwerke wollen die Laufzeit bis 2035 verlängern. Im Bündnis für das Bürgerbegehren arbeiten viele zivilgesellschaftliche, ökologisch ausgerichtete Vereine mit, aber auch Die Linke, die Grünen und sogar die CSU Bogenhausen. Als Partei haben wir einen Antrag auf Unterstützung und Mitarbeit gestellt. Am Dienstag wurde dieser im Bündnis diskutiert mit dem Ergebnis: Wir sind als DKP München dabei!

Wir unterstützen das Bürgerbegehren und sammeln Unterschriften, denn es ist ein Ansatzpunkt, um die ökologische Frage im Zusammenhang mit dem Pariser-Weltklimagipfel COP21 auch in München auf die Tagesordnung zu bringen und deutlich zu machen, dass eine Umstrukturierung der Energieversorgung dringend notwendig ist. Nach dem Motto: „Global denken und vor Ort handeln“. Dabei betonen wir, dass die Energiewende derzeit vor allem an den großen monopolistischen Energiekonzernen scheitert. Es freut uns und ehrt uns, dass einer der beiden Hauptorganisatoren dieses großen Bündnisses in München am 27.1 auf dem Gruppenabend der Ost-Gruppen zu der Thematik referieren wird. Dazu laden wir euch alle ein.

Einige wichtige Punkte, habe ich nicht genannt. Sei es die Wohnungsfrage und die teuren Mieten in München, oder die Debatte um unsere kommunalen Krankenhäuser in die sich das Betriebsaktiv gut einbringt, aber auch die Solidarität mit den Geflüchteten, die hierhergekommen sind. Auch in diesen Bereichen waren und sind viele GenossInnen aktiv. Und das ist gut so.

Auch die Zusammenarbeit mit unserem Genossen und Stadtrat der offenen Liste der Linken in München, Cetin Oraner, wollen wir verbessern, auch um uns mehr kommunalpolitische Kompetenz zu erarbeiten. Denn die Erfahrungen von SYRIZA, Izquierda Unida und PODEMOS zeigen, dass alternative Politik im Alltagsleben der Menschen ansetzen und dort stattfinden muss, auf kommunaler Ebene, in den Stadtteilen.

Wir haben bewusst nicht einen einzigen Schwerpunkt gesetzt, in dem wir als Partei tätig werden. Denn: Dies widerspricht der Realität der Partei in München und auch unserem Organisationsverständnis. Nicht alle GenossInnen möchten nur auf einem Feld arbeiten, es gibt GenossInnen, die in der Friedensbewegung sind, die im Anti-TTIP-Bündnis sind oder in Zukunft sich an Aktivitäten gegen Rechts beteiligen wollen. Sich auf ein Tätigkeitsfeld zu einigen wäre unmöglich und politisch auch nicht sinnvoll – dafür sind die benannten Felder zu dringend.

Aber: eine Gemeinsamkeit haben die vier oben genannten Themen dann doch, nämlich den eingangs erwähnten **4. Punkt: Die Zielsetzung der Vernetzung und Zusammenführung linker und fortschrittlicher Kräfte**. Dies ist der Schwerpunkt, der in der kommenden Zeit vor uns liegt, die große Klammer, die unsere Aktivitäten umrahmt.

Die Wahlen in Spanien und auch in Griechenland haben gezeigt, dass eine linke Politik, die sich nicht mit einem Nischen-Dasein zufrieden gibt, sondern nach der Mehrheit strebt, nur dann erfolgreich ist, wenn sich Kommunisten, Linke, ökologische Bewegung, Linkssozialdemokraten und viele mehr, unter Respektierung ihrer Eigenständigkeit zusammenschließen und gemeinsam an politischen Themen und Projekten arbeiten. Natürlich gibt es oftmals weltanschauliche Unterschiede, aber in vielen konkreten politischen Fragen kann Übereinstimmung gefunden werden. Um dieser neoliberal-kapitalistischen Vormacht etwas entgegenzusetzen, muss sich lokal vor Ort eine breite und bunte Gegenmacht entwickeln. Dazu wollen wir als DKP München mit unserer Tätigkeit in Bündnissen, aber auch durch das Zur-Diskussion-Stellen eigener Positionen und Aktionen, beitragen.

Derzeit erfolgt eine Vernetzung der linken Kräfte in München vor allem im Rahmen der „*marxistischen linken*“, in der Kommunisten, Linksparteiler, Bewegungslinke und linke Sozialdemokraten zusammengefunden haben, um zu diskutieren. Dies wollen wir als DKP München unterstützen. Aber auch die weitere Arbeit in der Europäischen Linken in München stellt einen Rahmen der Zusammenarbeit linker Kräfte dar und, egal wie der 3. Tag des kommenden Parteitags entscheidet, ob Beobachterstatus ja oder nein, wir werden dort in der ein oder anderen Form mitarbeiten.

Liebe GenossInnen, lasst uns nicht „ängstlich die Geister der Vergangenheit“ beschwören und ihre Namen, Kostüme und Schlachtparolen herunterbeten.

Ja, es gibt viele offene Fragen!

Aber wie sagte Rosa Luxemburg bereits 1898: „Andere Zeiten wollen andere Lieder hören“.

Lasst uns diese Lieder gemeinsam komponieren!

---

<sup>1</sup> Karl Marx: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, MEW Bd. 8, S. 115

<sup>2</sup> [http://www.dkp-muenchen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1208:2015-05-09-14-13-21&catid=39:dkp-muenchen-aktuelles&Itemid=46](http://www.dkp-muenchen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1208:2015-05-09-14-13-21&catid=39:dkp-muenchen-aktuelles&Itemid=46)

<sup>3</sup> "Ich empfehle den Text (J.W. Stalin: *Über die Grundlagen des Leninismus*) zur Lektüre. Es kann für uns keine Verbotstafeln bei der Beschäftigung mit dem theoretischen Erbe und den Grundlagen unserer Weltanschauung sowie bei der Wiederaneignung des historischen Wissens um die Entstehung und die Definition des Leninismus und Marxismus-Leninismus geben, nur weil der Druck des Anti-Kommunismus und Anti-Stalinismus uns dies so vorgeben will." (12. PV-Tagung, 18. März 2015, DKP-Info Nr. 2/2015)

<sup>4</sup> UZ, 15.1.2016, S.1, Gedenken an Karl und Rosa

<sup>5</sup> <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2014/05/syriza-die-linke-reserve-des-kapitalismus/>

<sup>6</sup> <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/03/syriza-linke-blockupy-an-der-seite-der-institutionen-gegen-die-ebz/>

<sup>7</sup> "Zur gefährlichen und irreführenden Kampagne der sogenannten 'Solidarität mit dem griechischen Volk'", Kommentar der Abteilung Internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KKE, Februar 2015

<sup>8</sup> <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2014/05/fauler-frieden-mit-faschisten/>

"Selbst links von der LINKEN hält man es für erstrebenswert, einen Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern. Dabei müsste man ihn begrüßen. Denn diese faschistische Macht wird sich nicht in Rauch auflösen, ... Dieser Zustand lässt sich nur gewaltsam beenden. Dafür gibt es genau zwei Möglichkeiten – einen Bürgerkrieg oder einen Einmarsch...Eine linke Perspektive für die Ukraine

---

ist also nicht die einer Befriedung, oder eine Ablehnung einer Abtrennung des Südostens in der momentanen Lage, sondern die einer Ausdehnung des Kampfes von dort aus über die gesamte Ukraine, und zwar auch, wenn die „Massen im Westen“ der Ukraine das ablehnen.

Die deutsche Linke wäre gefordert, dabei in jeder denkbaren Form zu unterstützen. Davon sind wir himmelweit entfernt."

<sup>9</sup> [http://www.kommunisten.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=6024:plattform-qfluechtende-aufnehmen-und-fluchtursachen-beseitigenq-gegruendet&catid=76:ausserparlamentarisches&Itemid=153](http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6024:plattform-qfluechtende-aufnehmen-und-fluchtursachen-beseitigenq-gegruendet&catid=76:ausserparlamentarisches&Itemid=153)

<sup>10</sup> <http://vineyardsaker.de/analyse/finsternis-ist-licht/>

"Tatsache ist, es bewegen sich Zehntausende auf der südöstlichen Mittelmeer-Route auf Deutschland zu. Viele davon, aber nicht alle, sind Syrer (syrische Pässe dürften gerade deutlich im Preis gestiegen sein). Warum machen sie sich jetzt auf diesen Weg? ... Der Krieg in Syrien dauert schon Jahre, und es gab in den letzten Wochen keine entscheidende Wendung. Für eine große Fluchtbewegung ist es also ein sehr ungewöhnlicher Zeitpunkt. ... Das ist ein deutliches Indiz dafür, das wir es nicht mit einem spontanen Ereignis zu tun haben.

Auf den ersten Blick scheint das ungewöhnlich. Flüchtlinge als Instrument, um bestimmte Ziele zu erreichen? ..

Aber die Linke ist ja gerade mit dem Verteilen von Teddybären beschäftigt und kommt nicht dazu, auf diese Heuchelei aufmerksam zu machen.

Aber wie klingt die Aufforderung zu einer „Willkommenskultur“ in den Ohren all jener, denen dieses ihr eigenes Land vorwiegend feindselig gegenübertritt? Ist es wirklich notwendigerweise Rassismus, wenn diese plötzlich verordnete Freundlichkeit jenen sauer aufstößt, die unter Kuratel des Jobcenters stehen oder sich im Niedriglohnsektor von Monatsanfang zu Monatsanfang hangeln? Denen obendrein ständig von den „Leistungsträgern“ vorgesäuselt wird, die zu Parasiten erklärt werden, in deren Wohnungen man die Zahnbürsten zählt und deren Zukunftsperspektive Altersarmut heißt? Komme da jetzt keiner mit Solidarität; die besteht zwischen denen unten gegen die oben, das ist etwas anderes als staatlich verordnete „Willkommenskultur“. ....

Eine bürgerliche Linke, die ein neues Ablassobjekt entdeckt (oder angeboten bekommen) hat. Nachdem die Frage des naturgerechten Ackerbaus über den Einkauf von durch marokkanische Arbeitsklaven geernteten spanischen Bioerdbeeren gelöst und die Frage gerechter Handelsbeziehungen in Fair-Trade-Schokolade versenkt wurde, kann man jetzt den Ablass für imperialistische Kriege durch Übergabe von Teddybären erhalten. ...

### **Die karitative Linke**

Was die bundesdeutsche Gesamtlinke betrifft, ist festzustellen, dass sie weit mehr Einsatz auf Flüchtlingsbetreuung und eifriges Gegendemonstrieren verwendet als auf Proteste gegen imperialistische Kriegsführung (letzteres steht bei einigen vermeintlich Linken mittlerweile ja im Ruch des „Antisemitismus“). Weder die manipulative Medienarbeit wie etwa mit dem Foto des toten Jungen (das eine ganze Reihe von Fragen aufwirft) noch die zelebrierte „Willkommenskultur“ werden in Frage gestellt. Im Gegenteil, man macht eifrig mit und verbucht diesen Ausbruch bundesdeutscher Wohltätigkeitsheuchelei als Fortschritt gegen den Rassismus. ...

... sondern man kümmert sich um jene, die es bis hierher geschafft haben.

Das ist weder im Interesse der syrischen Arbeiterklasse noch im Interesse des Widerstands gegen den Imperialismus (man muss hier das „klassische“ Vokabular verwenden, damit das Problem sichtbar wird). Es ist eine individualistische „Lösung“ für ein kollektives Problem; als würde man eine klaffende Wunde am Bein mit einem Heftpflaster behandeln wollen, allerdings auf der Nase...